

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Konsolidierungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt nutzen - Einsparungen durchsetzen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag hält es für erforderlich, den beschlossenen Doppelhaushalt 2020/2021 mit Blick auf die Bewältigung der Corona-Krise neu zu bewerten und alle Haushaltsansätze 2020/2021 auf Einsparmöglichkeiten hin zu überprüfen. Der Landtag hält ein Einsparvolumen im Landeshaushalt von jährlich mindestens 300 000 000 Euro in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 für erforderlich.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. infolge der Corona-Krise Konsolidierungsmaßnahmen und Umschichtungen für den laufenden Haushalt vorzunehmen, haushaltswirtschaftliche Sperren einzusetzen, um Einsparungen zu erwirtschaften sowie vorhandene finanzielle Ressourcen zu nutzen.
 2. dem federführenden Finanzausschuss hierzu bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Corona-Pandemie wirkt sich erheblich auf Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Deutschland einschließlich des Haushalts des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus.

Zur aktuellen Entwicklung der Steuereinnahmen schreibt das Bundesministerium für Finanzen in seinem Monatsbericht April 2020:

„Die Steuereinnahmen lagen im März 2020 um 1,8 % niedriger als im Vorjahresmonat. Aber die umfänglichen ökonomischen Auswirkungen des Mitte März in Deutschland begonnenen Shutdowns werden erst in den folgenden Monaten das Steueraufkommen sichtbar beeinträchtigen. Dagegen dürfte das Aufkommen der Steuern vom Umsatz mit einem Rückgang um 10,8 % sowie das Aufkommen der Bundessteuern (-8,3 %) bereits durch die aufgrund der Corona-Krise beschlossenen steuerlichen Maßnahmen, hier insbesondere die Rückzahlung von Umsatzsteuersondervorauszahlungen und Stundungen, betroffen sein. Für eine Reihe von Steuern (veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuern, Ländersteuern) waren noch deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Auch hier werden sich die negativen Effekte aber im Laufe der nächsten Monate einstellen.“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert in einem Sondergutachten vom 22. März 2020 zur gesamtwirtschaftlichen Lage angesichts der Corona-Pandemie einen bundesweiten Rückgang der Steuereinnahmen in 2020 um 19,4 Milliarden Euro gegenüber der Prognose in seinem Jahresgutachten 2019/2020. Weiterhin wird für 2020 ein Anstieg der Sozialleistungen um 14,9 Milliarden Euro prognostiziert. Mehrausgaben und Mindereinnahmen aus Maßnahmen der Bundesregierung wie der Stundung von Steuerzahlungen, dem erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen für Unternehmen, dem Nachtragshaushalt des Bundes sowie der von den Ländern zum Zeitpunkt des Gutachtens geplanten Maßnahmen konnten dabei noch nicht berücksichtigt werden.

Die Landesregierung hat in dem von ihr am 25. März 2020 vorgelegten Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 (Drucksache 7/4822) zu absehbaren Mindereinnahmen des Landes im Jahr 2020 ausgeführt:

„Zudem soll die Liquidität in den Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen des Landes (Stundungen, Rückzahlung von Vorauszahlungen) gestützt werden. Nach derzeitiger Einschätzung wird sich daraus ein finanzieller Handlungsbedarf von 50 Millionen Euro ergeben.“

Mit der zu erwartenden globalen wirtschaftlichen Rezession müssen auch die Einnahmeerwartungen gegenüber dem beschlossenen Haushalt 2020/2021 sehr deutlich nach unten korrigiert werden. Die konjunkturell bedingten Steuerausfälle werden nach aktueller Einschätzung die der Finanzkrise 2008/2009 deutlich übertreffen. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise gingen die Einnahmen von 2008 zu 2010 um rund 600 Millionen Euro oder 11 Prozent zurück.

Im Unterschied zur Finanzkrise ist bei der Corona-Krise die Realwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern durch die weitgehende Schließung des Einzelhandels und der Gastronomie, die Unterbrechung von Lieferketten und weitreichende Betriebsstilllegungen ungleich stärker getroffen.“

Zur Kompensation der allgemein erwarteten, erheblichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen sind bereits jetzt Vorschläge für Konsolidierungsmaßnahmen und Einsparungen auszuarbeiten.